

2011-12-12

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses zum Haushalt 2012
am 09.11.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Verwaltung

Raschpichler, Gerd Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Finanzen wurde durch **Herrn Böneck**e, Vorsitzender des Finanzausschusses, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit beider Gremien (Haupt- und Personalausschuss mit 6 und Ausschuss für Finanzen mit 5 Mitgliedern) fest. Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Ehm, traf in der Folge ebenfalls ein, so dass damit 7 Mitglieder dieses Ausschusses anwesend waren.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde von beiden Gremien, dem Haupt- und Personalausschuss und dem Ausschuss für Finanzen einstimmig bestätigt.

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

An der Stelle informierte **Herr Bönecke** darüber, dass die Beantwortung der Anfragen aus der gestrigen gemeinsamen Sitzung in Vorbereitung sei und als Anlage zum Protokoll ausgereicht wird. Sollte betreffs der Anfragen zur Ortschaftsratsproblematik keine Einwände bestehen, würde diese Beantwortung ebenfalls als Anlage beigefügt, es können jedoch auch heute dazu Ausführungen erfolgen. Es wurde Zustimmung signalisiert, dass es als Anlage ausreichend sei.

Herr Ehm berichtete, dass das Schild „Platz der Deutschen Einheit“ gestohlen worden war. Nachdem er dies der Stadtverwaltung mitgeteilt hatte, wurde es umgehend erneuert, wofür er sich bedankte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

4. Beschlussfassungen

4.1. Haushaltsplan 2012 Haushaltssatzung 2012 Haushaltsplan 2012 Finanzplan 2012 Stellenplan 2012 Vorlage: DR/BV/379/2011/II-20

In der Zwischenzeit waren der Oberbürgermeister sowie weitere Stadträte zur Beratung hinzu gekommen. Der Ausschuss für Finanzen war mit 8 Mitgliedern und der Haupt- und Personalausschuss mit 9 Mitgliedern vertreten.

Auf Nachfrage von Herrn Bönecke gab es Übereinkunft, die entsprechenden Inhalte fortlaufend aufzurufen und bei evtl. Anfragen jeweils darauf einzugehen. Es erfolgte mit dem Aufruf der Tagesordnungspunkte zum Verwaltungshaushalt gleichzeitig die entsprechende Behandlung der Punkte im Haushaltskonsolidierungskonzept.

4.1.1. Verwaltungshaushalt

4.1.1.1 Einzelplan 2 - Schulen

.

Die Beratung begann mit dem Aufruf des Einzelplanes 2 - Schulen - die Seiten 253 bis 308, Haushaltskonsolidierungskonzept, Seiten 1281-1344.

Unterabschnitt (UA) 20000 - Allgemeine Schulverwaltung

Frau Ehlert bezog sich auf das Projekt Lernen vor Ort, welches 100-%ig gefördert wird. Sie bat um Erläuterung. Die Beantwortung wurde zunächst zurück gestellt, da sich Frau Wendeborn kurzzeitig nicht im Raum befand.

Nach Eintreffen von Frau Wendeborn erläuterte diese, das Projekt sei ein Bundesprojekt. Dessau-Roßlau sei die einzige Kommune in Sachsen-Anhalt, die diese Förderung bekommt. Damit werden 13 Personalstellen und die Sachkosten zu 100 % gefördert. Mit dem Projekt soll ein Bildungsmanagement/eine Bildungslandschaft in unserer Stadt

aufgebaut werden. Das Projekt wurde schon im Kulturausschuss und soll auch noch im Stadtrat vorgestellt werden.

Ergänzend stellte Herr Kleinschmidt die Frage, woher die Diskrepanz zwischen Zuweisung und Ausgaben rührt. **Frau Wirth** entgegnete, im Unterabschnitt unter der HH-Stelle 60100 sei noch der entsprechende Sachkostenanteil ersichtlich. Die Sachkosten und die Personalkosten ergeben dann die Fördersumme.

Es erfolgte weiter der Aufruf der folgenden Abschnitte und Unterabschnitte des Einzelplanes.

Zum **UA 21100** - Grundschule „Geschwister Scholl“ fragte Frau Ehlert nach, aus welchem Grund sich die HH-Stelle Unfallversicherung für Schüler erhöht hat. Hat sich die Versicherungssumme erhöht oder die Zahl der Schüler?

Eine Beantwortung wurde zunächst durch das Rechtsamt zugesagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung verwies Frau Beigeordnete Nußbeck auf die Begründung auf Seite 57 der Haushaltssatzung, dass die Erhöhung der Beiträge zur Unfallversicherung durch erhöhte Schülerzahlen verursacht wird.

UA 21201 - Sekundarschule Kreuzberge - Frau Ehlert merkte zur HH-Stelle 54020 - Reinigung, Schädlingsbekämpfung - an, auch hier ist ein Anstieg zu verzeichnen, was ist hier die Ursache.

Die Reinigungsleistung werde an Firmen bezahlt, welche nach Tarif zahlen, erklärte Frau Wendeborn. Dieser Tarif steige und die Höhe richte sich auch nach dem Umfang der Grundreinigungen.

Zum Einzelplan 2 gab es keine weiteren Fragen.

4.1.1.2 Einzelplan 4 - Soziale Sicherung

.

Beginnend auf Seite 349 und weiter bis S. 419 sowie im Haushaltskonsolidierungskonzept S. 1395-1442 rief **Herr OB Koschig** die einzelnen Abschnitte und Unterabschnitte auf.

Zum **UA 40500** - Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende - fragte Frau Ehlert, warum jetzt ein Mehrbedarf besteht.

Der prozentuale Anteil der Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau an den Verwaltungskosten des Jobcenters Dessau-Roßlau hat sich von 12,6 % auf 15,2% erhöht, erklärte Frau Paesold.

Frau Ehlert akzeptierte diese Beantwortung von Frau Paesold und fragte im Weiteren zum **UA 41460** - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - zur HH-Stelle 73000, was hier dahinter zu sehen sei.

Frau Paesold führte aus, dass es sich hierbei insbesondere um Leistungen im Einzelfall zur Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben für Haftentlassene und obdachlose Personen handelt. Als Leistungen werden u. a. Hilfen zur Betreuung in ambulanten Wohnformen gewährt.

UA 41480 - Hilfen in anderen besonderen Lebenslagen

Frau Ehlert erinnerte an die in der gestrigen Beratung gestellte Frage beim Ordnungswesen betreffs Ausgaben für Bestattung. Hier frage sie nun, ob es die Leute betreffe, die die Bestattung nicht bezahlen können.

Die Ausgaben im Ordnungsamt betreffen die Pflichtbestattungen für die Sterbefälle, in denen keine Angehörigen/Verpflichtete zur Heranziehung der Bestattungspflicht bekannt oder vorhanden sind. Die Ausgaben unter der o. g Haushaltsstelle gehen auf Anträge zur Übernahme von Bestattungskosten nach dem SGB XII zurück, welche von Erben oder Verpflichteten, die aus dem Erbe, Vermögen oder eigenen Einkommen die Bestattungskosten nicht aufbringen können.

Zum UA 42000 - Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes - die HH-Stellen 79000, 79001 und 79014 betreffend, stellte Herr Bönecke eine Frage. In 79000 und 79001 gebe es eine Verdopplung auch im Hinblick auf das Ergebnis aus 2010. Die 79014 sei eine völlig neue HH-Stelle, zu der es keine Erläuterungen gibt. Es interessiere deshalb die Begründung zum Aufwuchs.

In der HH-Stelle 79014 wurde die Neuregelung zum Asylbewerberleistungsgesetz berücksichtigt, erläuterte **Frau Paesold**, dass die Personen berechtigt sind, Bildung und Teilhabe zu bekommen. Dadurch wurde die 79010 geteilt in der HH-Stelle.

Krankenhilfe bei den Asylbewerbern sei nach wie vor nicht einschätzbar, da die Personen bereits mit einem Krankheitsbild kommen, welches sofort behandelt werden muss. Aus diesem Grund werde der Bedarf aufgrund des Ergebnisses des Vorjahres und des angezeigten Aufwuchses bzw. anhand der Quote für die Stadt Dessau-Roßlau ermittelt. Nach den Neureglungen werden höhere Zuweisungen kommen, aber dies habe nichts damit zu tun, dass wir nicht bei der dezentralen Unterbringung bleiben und damit Kostenersparnis haben. Durch diese dezentrale Unterbringung haben wir überwiegend Familien zugewiesen bekommen.

Frau Ehlert ging auf die HH-Stelle 71810 - Ausgaben für den Lokalen Aktionsplan - Abchnitt 45, UA 45250 ein. Sie fragte, ob dieser auslaufe oder was die Ursachen für die Absenkung seien.

Darauf erklärte Frau Förster, der LAB laufe tatsächlich aus, jedoch gebe es für dieses und das nächste Jahr nochmals Fördermittel. Dann ist zunächst Schluss.

Als positiv schätzte Frau Ehlert zum UA 45500 - Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII - ein, dass es eine Anpassung an die Fallzahlen vorgenommen wurde. Solche Erläuterungen würde sie sich zu anderen Fällen ebenfalls wünschen.

UA 45730 - Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -

Herr Bönecke merkte an, es ist erfreulich, dass für den Täter-Opfer-Ausgleich mehr Mittel eingeplant werden, er fragte aber, ob es tatsächlich untersetzt ist, dass das Instrument angenommen wird.

Frau Förster bestätigte dies. Es werde in freier Trägerschaft geführt und ist natürlich vom Konzept und der Gruppe abhängig.

UA 46100 - Wohnheim für Auszubildende, Randelstr. - Frau Ehlert fragte nach, ob sich die Auslastung positiv verändert hat. Frau Wendeborn führte aus, die Auslastung betrage derzeit 65 % und hat sich in den letzten Jahren trotz massiver Werbung auch im Studentenwohnheim nicht verändert. Einmal liegt es daran, dass am Jahresende die Auszubildenden eine Wohnung gefunden haben. Es hänge auch mit dem Blockunterricht zusammen, da die Auszubildenden dann mehrere Wochen nicht da sind.

UA 47000 - Förderung der Wohlfahrtspflege - Frau Ehlert bezog sich auf die HH-Stelle 71802 und fragte nach der Begründung für die erhebliche Absenkung.

Herr Kauß verwies auf die Begründung für die Absenkung auf Seite 62 im Vorbericht. Man geht hier davon aus, dass bei einer Kündigung eines Mietvertrages sich der Mietzuschuss reduziert. Man sei aber dabei, den Ansatz des vorigen Jahres zu korrigieren.

UA 48100 - Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz -

Herr Bönecke bat um Erklärung zu seinem Verständnis: Träger der Maßnahme sei eigentlich das Land, wieso kann die Stadt dann das Defizit haben. Darauf entgegnete Frau Förster, die Stadt beteiligt sich zu 1/3 der Kosten an den Leistungen, da sie ihr übertragen wurden.

UA 48200 - Grundsicherung nach SGB II -

Auf die Nachfrage von Frau Ehlert zu den HH-Stellen 69311 und 69312, ob es keine Fallzahlen mehr gebe, da zur Kenntnis genommen werden könne, dass die Erstausrüstung sowohl für Wohnungen als auch für Bekleidung erheblich abgesenkt wurde, erwiderte Frau Paesold, die Inanspruchnahme und die Fallzahlen schwanken in diesen beiden Bereichen sehr stark. Man habe die Beträge auf das Ist-Ergebnis abgestellt.

4.1.1.3 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung

.

Zum Aufruf kam der **Einzelplan 5** - Seiten 421 - 458, Haushaltskonsolidierungskonzept S. 1443 - 1486. Herr OB Koschig benannte die entsprechenden Unterabschnitte des Einzelplanes. Zu folgenden Unterabschnitten wurden seitens der Mitglieder der Ausschüsse Fragen gestellt:

Im **UA 56016** sprach Herr Dr. Weber die sinkenden Pachteinahmen des Bowlingzentrums Rodleben an. Herr Bönecke benannte ergänzend die erhöhten Betriebskosten gegenüber dem Jahr 2010. Als Beantwortung entgegnete Herr Rumpf, Ortsbürgermeister Rodleben, die Zahlung erfolgt jeweils durch den Pächter.

Auf die Erläuterungen zum **UA 57100** - Naturbad Waldbad - verweisend, fragte Frau Ehlert, wann das zugesagte Gutachten vorliegen wird.

Beantwortend führte Frau Guth aus, das Wertgutachten ist beauftragt. In dieser Woche wurde nochmals nachgefragt und die Auskunft erhalten, dass es frühestens im Verlauf der nächsten Kalenderwoche zugestellt werden kann.

Zurückkommend auf den **UA 56090** - Elbe-Rosel-Halle - merkte Herr Bönecke an, diese Halle tauche zweimal auf, so ebenfalls im Einzelplan 8. Bereits im letzten Jahr war nachgefragt worden, warum man dies nicht perspektivisch zusammenführt, da es irre-

führend ist, zweimal die gleiche Einrichtung im Haushalt wiederzufinden. Auch war die Frage, weshalb der privatwirtschaftlich betriebene Teil im Einzelplan 8 weiterhin defizitär bleibt, die Mieten und Pachten also nicht zumindest die laufenden Kosten decken, wie das z. B. im Bowlingzentrum Rodleben zwischenzeitlich der Fall ist.

Frau Beigeordnete Nußbeck erklärte, die private Nutzung ist ein Betrieb gewerblicher Art, weshalb dieser aus steuerrechtlichen Gründen auseinandergerechnet werden muss und die Halle deshalb zweimal im Haushalt zu finden ist, die privatwirtschaftliche Nutzung und die Schul- und Vereinsnutzung. **Herr Bönecke kündigte bereits eine Frage zur privatwirtschaftlichen Nutzung im Zusammenhang mit der Behandlung des Einzelplans 8 an.**

UA 57210 - Südschwimmhalle - An dieser Stelle bedauerte Frau Ehlert, dass die Prioritätenliste nicht beschlossen worden ist. Des Weiteren habe sie im Haushaltskonsolidierungskonzept gelesen, dass ein Gutachten erarbeitet werden sollte, ob eine Sanierung in Etappen günstiger ist als die Sanierung in einem Zuge, deshalb fragte sie, wann die Aussage dazu gemacht werden kann.

Herr Bekierz erklärte, das Gutachten liege vor und ist in der Auswertung. Es sind sowohl die insgesamt vorhandenen Mängel, die Kosten zur Beseitigung der Mängel und auch die Gesamtsanierungskosten festgestellt worden. Betrachtet wurde dies in möglichen Bauabschnitten, so dass es als Einzelwerte vorliegt. Wie zu erwarten, ist eine Sanierung in Teilen insgesamt teurer als eine Sanierung in einem Zuge, wo man sich in einer Größenordnung zwischen 6 und 10 % befindet. Trotzdem müsse überlegt werden, was kann die Stadt leisten und es nutze nichts, wenn man weiß, dass die eine Variante zwar kostengünstiger aber nicht leistbar ist. Dann müsse darüber nachgedacht werden, in sinnvollen Etappen zu sanieren. Das werde im Verlauf des nächsten Jahres dem politischen Raum vorgelegt.

Wenn dort saniert werden soll, bekomme man dies nochmals in den politischen Raum, fragte Herr Dr. Weber nach. Herr Bekierz bestätigte, es wäre auf jeden Fall eine Investitionsmaßnahme, die durch den Bauausschuss beschlossen werden muss.

4.1.1.4 Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

.

Im **Einzelplan 6** stellte zum **UA 60100 - Amt für Zentrales Gebäudemanagement** - Herr Bönecke die Frage, ob es richtig ist, dass die Erhöhung der Personalkosten durch den zusätzlich eingestellten Energiesparingenieur begründet ist. Dies wurde von Herrn Bekierz bestätigt. Es war auch schon im Konsolidierungsvorschlag als Aufwuchs enthalten, den er bereits gestern vorgestellt habe. Ergänzt wurde die Aussage von Frau Beigeordnete Nußbeck, dass ebenfalls der Projektleiter Gebäudemanagement in den Personalkosten enthalten ist.

Frau Ehlert bat um das Vorziehen bestimmter Unterabschnitte, zu denen sie Fragen habe, um noch an einer weiteren Veranstaltung am heutigen Abend teilnehmen zu können. Dazu gab es aus den Gremien keinen Widerspruch.

- Beginnend mit der Seite 463, **UA 60200 - Tiefbauamt** - wies Frau Ehlert darauf hin, dass hier wieder das Thema Fahrzeughaltung ansteht. Sie fragte nach dem aktuellen Fuhrparkbestand.
- **UA 61300** - Bauordnungsamt - Hierzu stellte Frau Ehlert die Frage, ob die Erhöhung der Ausgabe Gefahrenabwehr auf 20.000 EUR bedeutet, dass jetzt mehr Grundstücke abzusichern sind.
- Vorgreifend auf den **Einzelplan 7, Seite 505, UA 79100** - Förderung von Wirtschaft und Verkehr, HH-Stelle 65520 - fragte Frau Ehlert, ob dies bedeutet, dass nun endlich ein Tourismuskonzept erstellt wird.

Herr OB Koschig merkte zu letzterem an, dass das Tourismuskonzept für 2012 kommt.

Herr Schmieder beantwortete die Frage zum Bauordnungsamt, dass es tatsächlich so ist, dass es regelmäßige Kontrollen gibt und der Zustand sich nicht verbessere, so dass man entsprechend tätig werden muss.

Herr Bekierz konnte die Frage zum Fahrzeugbestand beantworten, welcher ehemals in seinem Verantwortungsbereich lag. Er habe derzeit die entsprechenden Regelungen auf den Weg gebracht, weil 2004 ein katastrophaler Zustand herrschte. Dank der umfangreichen Unterstützung auch hier in diesem Ausschuss wurde auf den Weg gebracht, dass regelmäßig Fahrzeuge erneuert wurden. Der Fuhrpark ist nunmehr nach seiner Wahrnehmung in einem sehr guten Zustand.

Herr OB Koschig setzte den Aufruf der entsprechenden weiteren Unterabschnitte fort.

Ergänzend zum **UA 61300** - Bauordnungsamt - wies Herr Bönecke auf zwei Einnahmeänderungen gegenüber 2010 hin und fragte, wie diese zustande kamen und wo sich für die HH-Stellen 10010 und 10020 die Grundlagen befinden.

Es wurde die schriftliche Beantwortung zugesagt.

Zum **UA 61502** - Sanierungsgebiet „Altstadt Roßlau“ fragte Herr Dr. Weber, ob dieses nun auslaufe, da keine Mittel eingestellt wurden.

Es handele sich um eine Maßnahme des Verwaltungshaushaltes, zu Mieten, erwiderte Herr Schmieder. Offensichtlich waren einmal Mieteinnahmen geplant, die dann nicht gekommen sind. Mit dem Sanierungsgebiet habe es nichts zu tun. Die Objekte im Sanierungsgebiet stehen im Vermögenshaushalt in der nächsten Woche zur Debatte.

Herr Dr. Weber stellte zum **UA 69100 - Wasserläufe, Wasserbau** - folgende Frage: Von der Grundwasserproblematik ist auch Dessau betroffen, wird sich das auch im Haushalt abzeichnen? Hier sei keine große Veränderung im Verwaltungshaushalt vorhanden.

Zur Grundwasserproblematik wurde einiges in den Vermögenshaushalt eingestellt, erwiderte Herr Beigeordneter Hantusch.

Auf Nachfrage von Herrn Ehm, ob die Unterhaltung der Gräben berücksichtigt wurde, wurde auf den Verwaltungshaushalt, HH-Stellen 51010 und 71300 verwiesen.

Herr Kleinschmidt stellte fest, dass für die hydrologischen Untersuchungen (**HH-Stelle 65500**) keine Einnahmen verzeichnet sind, obwohl hier s. E. eine Förderung vorgesehen war. Herr Pfefferkorn teilte mit, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung diese Summe noch nicht bekannt war. Die Zusage kam erst in den letzten Wochen. Weitere Unterstützung des Landes werde erhofft zum Jahresende. Da man tätig werden musste, wurden hydrologische Gutachten bereits beauftragt, ergänzte Herr Hantusch. Im Zuge der Arbeitsgruppe, die vom Ministerium ins Leben gerufen wurde, wurde zwischenzeitlich eine Förderung in Aussicht gestellt, aber auch nur für Planungen. Nun müsse geprüft werden, ob die Mittel für das Pilotprojekt dafür verwendet werden dürfen.

4.1.1.5 Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

Im **Unterabschnitt 73000 - Märkte** - wurde von Herrn Dr. Weber die Einnahmeposition **Benutzungsgebühr Regionaler Bauernmarkt** angesprochen. Da er bisher nur in Kooperation mit einem Privaten stattfand, fragte er, wer dafür Pachtgebühren bezahlt hat. In den ihm als Vorsitzenden eines Vereines vorliegenden Verträgen seien keine Pachtabführungen an die Stadt genannt. Die **Frage könne auch im Nachgang beantwortet** werden.

Herr Kleinschmidt bezog sich auf den **UA 77016 - Bauhof Rodleben** und merkte an, es würden relativ wenige Einnahmen dem Aufwand entgegengesetzt. Herr Rumpf gab eine kurze Erklärung dazu. (war akustisch nicht verständlich, Mikofon erfasste nichts)

Eine Frage zum **UA 78000 - Land- und Forstwirtschaft** - stellte Herr Dr. Weber. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Holz würden stagnieren, wobei die Holzpreise tatsächlich stark steigen, ließen sich nicht aus dem Grün- und sonstigen Schnitt oder Baumforschungsarbeiten nicht mehr Einnahmen generieren?

Herr Pfefferkorn erläuterte, diese Beträge würden jährlich sehr stark schwanken. Eine Tendenz nach oben sei angekündigt, jedoch in Zahlen schwer zu benennen.

Um Informationen bat Herr Dr. Neubert zum **UA 79100 - Förderung von Wirtschaft und Verkehr**. In der **HH-Stelle 17740** sind Einnahmen von Zuschüssen Dritter für den Verfügungsfonds Zerbster Straße und ebenfalls unter Ausgaben in gleicher Höhe in **der HH-Stelle 65540** angegeben. Seine Fragen seien, wer die Dritten sind und was es mit dem Fonds auf sich hat.

Dazu erläuterte Frau Guth, der Verfügungsfonds besteht im Rahmen Aktive Stadt- und Ortsteilzentren und er wird zu jeweils 50 % aus öffentlichen und privaten Mitteln gespeist. Bei einer Maßnahme wie „mdr-Sommertour“ werden 50 % der Kosten durch die veranstaltenden Unternehmen getragen. Ähnlich wird dies im Vermögenshaushalt so sein, wenn dort investive Maßnahmen gemacht werden. Nur was an Einnahmen kommt, kann verausgabt werden. Die privaten Dritten sind im Regelfall die Anlieger und die Gewerbetreibenden im Bereich der Zerbster Straße.

Herr Dr. Weber drückte seine Freude darüber aus, dass es eine Position Tourismuskonzept gibt. Er erhoffe sich, diesen Titel einmal in Entwicklungsstudie für die Einführung einer Stadtmarketinggesellschaft umwandeln zu können.

Zur HH-Stelle 71820, Zuschüsse an Existenzgründer, fragte Herr Bönecke, was hier bezuschusst wird. Frau Guth führte aus, über eine Richtlinie des Landes würden Gelder eingeworben für Existenzgründerlehrgänge. Die Existenzgründer als solche bekommen hier einen Zuschuss zum Lebensunterhalt für die Zeit, in der sie ihrem Gewerbe noch nicht nachkommen können bzw. der jeweilige Bildungsträger bekommt seine Leistung entsprechend vergütet.

4.1.1.6 Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

Nach Aufruf der einzelnen Unterabschnitte durch den Oberbürgermeister stellte Herr Bönecke eine Anfrage zum UA 88010 - Gaststätten. Bei der allgemeinen Einführung habe er bereits gefragt, warum trotz Neuverpachtung Kornhaus hier ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen ist.

Das Konzept sah vor, dass der Pächter investiert und die Stadt reinvestiert, sprich keine Pachteinahmen über viele Jahre hat, erklärte Herr Bekierz. Nunmehr nimmt der Pächter seinen Investitionsteil deutlich zurück, es wird bei einem kleinen Teil Vorinvestition bleiben, insbesondere im Küchenbereich. Zumindest für das nächste Jahr gehen wir davon aus, dass wir nahezu keine Einnahmen haben.

Zum UA 88033 - Elbe-Rosel-Halle-Veranstaltungszentrum Goethestraße - kam Herr Bönecke nochmals auf seine Frage zurück. Da es ein wirtschaftliches Unternehmen ist, gehe er davon aus, dass wirtschaftliche Unternehmen grundsätzlich auch mit einem entsprechenden Betrag zu betreiben sind, insbesondere, wenn sie im städtischen Bereich sind. Hier gibt es Miet- und Veranstaltungseinnahmen, die weit hinter den Kosten zurückbleiben. Wir haben seit Jahren einen aufwachsenden Zuschussbedarf in der Einrichtung und keine Anpassung bei den Einnahmen. Aus diesem Grunde habe er auch das Beispiel der Gemeindeverwaltung Rodleben angeführt, die für ihre Einrichtung angepasst hat.

Herr Bekierz bedauerte, die Frage jetzt nicht beantworten zu können, sagte aber zu, sie aufgenommen zu haben, um sie schnellstmöglich zu beantworten. Es werde mit Amt 40 gemeinsam geklärt.

4.1.2. Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 und Folgejahre Vorlage: DR/BV/381/2011/II-20

4.1.2.1 Einzelplan 2 - Schulen

.

4.1.2.2 Einzelplan 4 - Soziale Sicherung

.

4.1.2.3 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung

.

4.1.2.4 Einzelplan 6 - Bau-, Wohnungswesen, Verkehr

.

4.1.2.5 Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

.

4.1.2.6 Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

.

6. Schließung der Sitzung

Herr OB Koschig schloss die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und Herr Bönecke die des Ausschusses für Finanzen.

Dessau-Roßlau, 05.03.12

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer